



Michael Sommer, Vorsitzender des DGB

Rede

DGB-Neujahrspressekonferenz 2008

am 24.01.2008, Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

zuerst wünsche ich Ihnen ein gesundes, zufriedenes und erfolgreiches Neues Jahr. Ich bedanke mich für die fast immer faire mediale Begleitung im Jahr 2007, das ganz im Zeichen gewerkschaftlicher Themen stand. Beschäftigungsaufbau, soziale Gerechtigkeit, Mindestlohn, wachsendes Prekariat, Generation Praktikum oder Ungerechtigkeiten bei Hartz IV sind nur eine kleine Auswahl dafür. Die Gewerkschaften sind wieder in der Offensive und bestimmen die öffentlichen Diskussionen. Das ist gut für die Menschen und gut für das ganze Land.

Soweit stimme ich Kanzlerin Angela Merkel zu: Das Jahr 2008 sollte entscheidende Weichen stellen. Wir verlangen aber, dass sich dies zu Gunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland auswirkt und so die soziale und wirtschaftliche Entwicklung insgesamt stärkt. Denn der soziale Rechtsstaat Deutschland wird nur dann akzeptiert und hat nur dann eine Zukunft, wenn die Menschen das Gefühl haben, es geht gerecht zu in Deutschland. Dieses Gefühl der Gerechtigkeit ist weitgehend seit der Agenda 2010 abhanden gekommen. Der Eindruck hat sich noch verstärkt durch die Rente mit 67 und die Tatsache, dass der erfreulich stabile Aufschwung bei vielen Menschen bisher nicht ankommt. Zudem vollzieht sich der beachtliche Beschäftigungsaufbau in erheblichem Umfang in Leiharbeit, Minijobs, Teilzeitarbeit und anderen prekären Beschäftigungsformen – Jobs also, von denen die Betroffenen oft nicht leben können und die alles andere als zukunftssicher sind.

Die Folge ist klar: Beim nächsten Abschwung sind diese neuen Arbeitsplätze ganz schnell wieder verschwunden. Die Menschen wissen das. Wenn nur noch 15 Prozent der Bevölkerung meinen, dass es in Deutschland gerecht zugeht, müssen die Alarmglocken bei allen Politikern läuten. Das Jahr 2008 muss deshalb die Trendwende zu mehr Gerechtigkeit bringen.

- Auch die politischen Schwerpunkte, die der DGB in diesem Jahr setzen wird, haben mit Gerechtigkeit zu tun:
- Ausbau der Mindestlöhne und Fortschritte auf dem Weg zu einem gesetzlichen Mindestlohn nicht unter 7,50 Euro;
- Bekämpfung der absehbar rapide steigenden Altersarmut und der
- Rente mit 67 als einer ihrer Ursachen;
- Eindämmung der ausufernden Leiharbeit.

DGB-Bundesvorstand

Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

Web: <http://www.dgb.de>

Tel.: 030 / 240 60 - 0

Fax: 030 / 240 60 - 324



Das sind drei Themen, mit denen wir die Politik immer wieder konfrontieren werden – und zwar bis sie angemessen reagiert. Das heißt, notfalls eben auch über das Wahljahr 2009 hinaus.

Ich will noch einmal klarmachen: Alle im DGB sind für den Vorrang der Tarifpolitik in Sachen **Mindestlohn**. Dort, wo die Tarifpolitik in weiten Bereichen der Wirtschaft funktioniert, liegen unterste Lohngruppen deutlich über 7,50 Euro – und das ist gut so. Wo wir solche Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz tarifvertraglich vereinbaren können, haben wir gehandelt und werden wir es auch weiterhin tun.

Auch das aus unserer Sicht schwer handhabbare Mindestarbeitsbedingungengesetz werden wir nutzen, wenn es denn so kommt wie geplant. Ich sage nur schon jetzt voraus: Das wird alles nicht reichen, um Hungerlöhne und Lohndumping zu verhindern. Deshalb brauchen wir darüber hinaus den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der anfangs mindestens 7,50 Euro betragen, aber schnell darüber hinaus steigen muss.

Ohne diesen Mindestlohn halte ich eine völlige Freizügigkeit für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus den osteuropäischen Beitrittsländern ab Mai 2009 für unverantwortlich. Das würde mittelständische Dienstleistungsunternehmen - einschließlich des Handwerks - und ihre Beschäftigten ganz schnell in existenzielle Schwierigkeiten bringen. Dann werden auch die heute erbitterten Gegner eines gesetzlichen Mindestlohns in Union, bei Arbeitgebern und konservativen Ökonomen nach Haltelinien gegen Lohndumping rufen. Ob sie es dann Mindestlohn nennen oder nicht, ist unerheblich. Warum also nicht rechtzeitig handeln, wenn man schon heute weiß, dass wir Wirtschaft und Mitarbeiter anders nicht angemessen vor Lohn- und Sozialdumping schützen können?

Noch ein Wort zum Post-Mindestlohn. Jetzt werden Krokodilstränen vergossen, weil es Personalabbau bei der PIN AG gibt. Ich bedaure das auch. Aber das wäre angesichts zweistelliger Millionenverluste, die vor Einführung des Mindestlohns eingefahren wurden, wohl sowieso passiert. Schon deshalb handelt es sich um eine verlogene Diskussion. Sie wird endgültig unerträglich, wenn konservative Politiker, Arbeitgeber und Ökonomen die Postmindestlöhne als Beweis dafür nehmen, dass Mindestlöhne Arbeitsplätze vernichten. Die wirkliche Frage ist doch, wie viele Arbeitsplätze von Briefträgern der Post AG wären ohne Mindestlohn verloren gegangen? Und das sind Arbeitsplätze, die ihren Mann oder ihre Frau ernähren mit einem Stundenlohn zwischen 14 und gut 16 Euro, der immerhin 25 bis 42 Prozent über den Postmindestlöhnen liegt!

Während wir mit den Vorschlägen von Arbeitsminister Scholz zum Entsendegesetz weitgehend einverstanden sind, sehen wir beim Mindestarbeitsbedingungengesetz noch erheblichen Verbesserungsbedarf. Das betrifft vor allem die Besetzung des Hauptausschusses, für den wir und die Arbeitgeber Experten benennen sollen, aber keine aktiven Mitglieder unserer Organisationen. Dabei gibt es wirkliche Tarifexperten fast ausnahmslos nur bei den Tarifvertragsparteien. Herr Sinn wenigstens ist kein Tarifexperte.



Wir sehen die Gefahr, dass der Hauptausschuss zum Nadelöhr für Mindestlöhne wird, weil dort im Grundsatz entschieden wird, ob ein Tarifausschuss für eine Branche aktiv werden soll. Blockaden sind vorprogrammiert. Das gilt umso mehr als Teile der Union beide Gesetzentwürfe noch weiter verwässern wollen. Und solange die Union einen gesetzlichen Mindestlohn verhindert, wäre es schlimm, wenn auch die Wege über das Entsendegesetz und das Mindestarbeitsbedingungengesetz weitgehend unpraktikabel bleiben würden. Ich appelliere eindringlich an Kanzlerin Angela Merkel und die CDU/CSU nicht länger einer solchen Entwicklung Vorschub zu leisten, sondern Mindestlöhne auf breiter Front zu ermöglichen – auch einen gesetzlichen nicht unter 7,50 Euro. Um es ganz klar zu sagen: Wir haben nicht mehr viel Zeit, die Lösung des Problems ist überfällig. Wir werden die Union und die Arbeitgeber nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, sondern weiter Druck machen.

Meine Damen und Herren,

Altersarmut ist bei knapp 400.000 Menschen, die Grundsicherung im Alter beziehen, ein Thema, das offenbar den Politikern nicht auf den Nägeln brennt. Das ist leichtfertig. Denn die Altersarmut wird dramatisch steigen auf voraussichtlich eine Million Betroffene und mehr – trotz Riesterrente und geförderter Entgeltumwandlung. Ein mitentscheidender Grund dafür wird die Rente mit 67 sein – wenn sie denn kommt. Denn sie wird sich für alle, die vorher wegen Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen, als reine Rentenkürzung erweisen. Deshalb wird der DGB alle Möglichkeiten nutzen, um die Rente mit 67 noch zu stoppen. Wir wollen, dass die Politik spätestens 2010 die Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters zurücknimmt, wenn ihre Überprüfung ansteht.

Ich fordere darüber hinaus heute die große Koalition eindringlich zur generellen Kurskorrektur in der Rentenpolitik auf. Sie haben sich alle geirrt: Wer gesetzliche Renten durch angebliche Reformen um über ein Drittel kürzt, wer Rente mit 67 verordnet, kann nicht darauf setzen, dass alle Menschen das durch Privatvorsorge ausgleichen können. Vor allem Langzeitarbeitslose, Frauen mit längeren Zeiten der Kindererziehung und Pflege und Geringverdiener waren und sind nicht in der Lage, die Rentenkürzungen aufzufangen. Das betrifft zudem vorrangig Ostdeutsche. Wir brauchen deshalb wieder eine Existenz sichernde gesetzliche Rente. Die dazu notwendigen Maßnahmen müssen wir auch über Steuern finanzieren.

Und noch eins: Die Menschen empfinden es zu Recht als Enteignung, wenn bei der Grundsicherung im Alter die mühsam ersparte Riesterrente, die betriebliche Altersvorsorge oder finanzielle Vorteile aus einer kleinen Eigentumswohnung mit der Sozialhilfe verrechnet werden. Die Politik darf die Menschen nicht auffordern, für das Alter privat vorzusorgen, um Ihnen dann diese Vorsorge im Notfall wieder wegzunehmen. Deshalb müssen ausreichende Freibeträge her, die zumindest selbst eingezahlte Beiträge und die darauf angefallenen Zinsen für die private Altersvorsorge vor Anrechnung schützen. An der Höhe der staatlichen Grundsicherung darf das nichts ändern. Das muss obendrauf kommen.



Die Gewerkschaften haben **Zeitarbeit** akzeptiert und auch tarifpolitisch gestaltet. Leider hat sich der unter Wirtschaftsminister Clement gefundene Kompromiss nicht bewährt. Von equal pay und equal treatment abweichende tarifpolitische Lösungen wurden und werden von gelben Gewerkschaften unterlaufen. Leiharbeit wurde so in weiten Bereichen zur Billigarbeit, die nicht etwa bei Auftragsspitzen und Personalknappheit zum Zuge kommt, sondern zunehmend dem Ersatz von Stammbeschafteten dient. Zudem hat die große Koalition die von uns mit den Arbeitgebern der großen Zeitarbeitsfirmen abgeschlossenen Tarifverträge über Mindestlöhne seit nun fast zwei Jahren einfach liegen gelassen, anstatt sie in das Entsendegesetz aufzunehmen und endlich für allgemeinverbindlich zu erklären. Das nenne ich grob fahrlässig.

Die Gewerkschaften fordern deshalb, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz so zu ändern, dass grundsätzlich von der ersten Einsatzstunde an gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen wie im entleihenden Betrieb gelten. Ausnahmen dürfen nur tarifvertraglich vereinbarte Einarbeitungszeiten sein. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass 30, 40 oder gar 50 Prozent und mehr einer Belegschaft aus schlecht bezahlten Leiharbeitnehmern bestehen. Damit muss endgültig Schluss sein. Und das wird allein mit equal pay gelingen. Beschränkungen der Einsatzzeit könnten dagegen den Drehtüreffekt beschleunigen. Darüber hinaus ist es notwendig, das Synchronisationsverbot wieder einzuführen, um den Zeitarbeitnehmern mehr soziale Sicherheit zu geben.

Wir haben die Bundeskanzlerin bei unserem letzten Spitzengespräch im Dezember auf die negativen Folgen der rapide zunehmenden Zeitarbeit hingewiesen. Ich fordere Angela Merkel und die große Koalition auf, rasch im oben beschriebenen Sinn zu handeln. Sie sind es den Menschen schuldig – jenen, die ihren Stammarbeitsplatz verlieren, ebenso wie jenen, die in unsichere Zeitarbeit gedrängt werden.

Die Menschen wollen endlich ihren **gerechten Anteil am Aufschwung**. Der muss sich in deutlich steigenden Realeinkommen manifestieren und damit die erwartete Preissteigerungsrate spürbar übersteigen. Dass jetzt Arbeitgeber, konservative Ökonomen und Politiker vor dann angeblich notwendigem Beschäftigungsabbau und drohender Inflation warnen, kann ich wirklich nur als Ideologie und Egoismus bezeichnen. Wenn Gewinne, Managergehälter, Dividenden und Steuereinnahmen seit längerem zweistellig wachsen, soll kein Geld da sein für die Beschäftigten, die diese Entwicklung durch ihre Arbeit erst ermöglicht haben? Das kann doch nicht wahr sein.

Wenn durch steigende Entgelte manche Gewinne geschmälert werden sollten, dann ist das kein Beinbruch, sondern überfällig – auch um die Binnennachfrage und damit die Konjunktur zu stärken und abzusichern. Nach 15 Jahren stagnierender Realeinkommen ist die Trendwende bei den Entgelten überfällig. Tarifpolitisch muss 2008 deshalb zum Jahr der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden. In diesem Bemühen unterstützen wir unsere Einzelgewerkschaften nach allen Kräften.



Meine Damen und Herren,

Die Kommentare und Berichte häufen sich, dass nicht zuletzt durch den Alleingang der GDL die Einheitsgewerkschaft in Gefahr sei, dass die Zukunft den Spartengewerkschaften gehöre. Ich bestreite das vehement. Die GDL ist ein Miniverein, der fast nur Lokführer vertritt. Dieser Klub ist sicher nicht die Elite der deutschen Arbeitnehmerschaft. Auch die Soloaktionen von Ärzten und Piloten haben ebenso wenig Vorbildcharakter wie die der Fluglotsen – im Gegenteil. Die tarifpolitische Union von ver.di und Beamtenbund unter Einbeziehung von GEW und GdP zeigt, dass der große Trend bisher hin zur Tarifeinheit geht – und das nicht für 13.000 Lokführer, sondern für 1,3 Millionen Beschäftigte bei Bund und Kommunen.

Nun will ich nicht bestreiten, dass die Tarifeinheit gefährdet sein könnte durch mögliche Nachahmer und durch die Gerichte, die diesen Grundsatz wahrscheinlich nicht aufrecht erhalten werden. Für den DGB und seine Einzelgewerkschaften bedeutet das vor allem Zweierlei:

Die Gewerkschaften werden in der Tarifpolitik die differenzierten berechtigten Gruppeninteressen berücksichtigen.

Wir brauchen möglichst hohe Organisationsgrade, um einheitliche Tarifverträge vor Ort durchsetzen zu können.

Ein Thema lässt uns nicht los. Dafür sorgen schon die **Neofaschisten** mit immer neuen Aktionen und Übergriffen. Für die Gewerkschaften ist Demokratie eine Grundvoraussetzung für eine wirksame Vertretung der arbeitenden Menschen. Deshalb ist es für uns überlebenswichtig, die demokratische Gesellschaft zu stärken und dafür den Kampf gegen Neonazis und Extremismus offensiv zu führen. Ich kann ihnen versichern, dass wir das auf breiter Front und überall vor Ort auch künftig tun werden. Erstmals planen wir zudem einen „Frühjahrsputz“. Wir wollen die Städte und Gemeinden von rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Schmierereien befreien. Und wir werden am 2. Mai der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser vor 75 Jahren in einer Veranstaltung im KZ Sachsenhausen gedenken.

Meine Damen und Herren,

zum Schluss ein Wort zu den Wahlen. Bis zur Bundestagswahl 2009 stehen mehrere Landtagswahlen und eine Europawahl an. Auch bei diesen Wahlen gilt: der DGB wird in den Wahlkämpfen seine parteipolitische Unabhängigkeit unter Beweis stellen. Wir sind und bleiben die partei- und weltanschaulich unabhängige Einheitsgewerkschaft. Das heißt nicht, dass wir unpolitisch sind. Wir werden die Wahlkämpfe nutzen, um unsere Themen zu Gehör zu bringen. Die habe ich Ihnen gerade erläutert. Aber keine Themennähe darf dazu führen, dass wir uns parteipolitisch vereinnahmen lassen: Das gilt für das Thema Familienpolitik und CDU genauso wie für das Thema Hartz IV und die Linke, Umweltpolitik und die Grünen oder Mindestlohn und die SPD. Viele Gewerkschafter engagieren sich in Parteien. Aber Parteipolitik in den Gewerkschaften lehnen wir strikt ab.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.